

S A T Z U N G Bundesakademie für musikalische Jugendbildung e.V.

§ 1 – Name, Sitz, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen Bundesakademie für musikalische Jugendbildung e.V.
- (2) Der Verein hat seinen Sitz in Trossingen und ist in das Vereinsregister in Stuttgart eingetragen.
- (3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr

§ 2 – Vereinszweck, Gemeinnützigkeit

- (1) Zweck des Vereins ist die Förderung von Kunst und Kultur im Sinne der Abgabenordnung. Der Zweck wird verwirklicht insbesondere durch die Einrichtung und Trägerschaft einer bundeszentralen Akademie für musikalische Jugendbildung in Trossingen. Diese dient der Anregung, der Fort- und Weiterbildung, der Beratung und der Pflege des elementaren, instrumentalen und vokalen Musizierens in allen Bereichen der musikalischen Jugendarbeit.
- (2) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (3) Alle Vereinsämter werden unentgeltlich ausgeübt. Die Mitgliederversammlung kann abweichend hiervon beschließen, dass den Mitgliedern des Vorstandes für Ihre Vorstandstätigkeit eine angemessene Vergütung bezahlt wird.



§ 3 - Mitglieder

- (1) Mitglieder des Vereins können Organisationen, Verbände und Institutionen sein, die im Bereich der musikalischen oder musik-pädagogischen Jugendarbeit bundesweit oder international tätig sind. Bestehende Mitgliedschaften bleiben unberührt.
- (2) Der Antrag zur Aufnahme in den Verein ist schriftlich beim Vorstand einzureichen.
- (3) Die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt auf Vorschlag des Vorstandes durch Beschluss der Mitgliederversammlung, gegebenenfalls im schriftlichen Verfahren.

§ 4 - Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Mitglieder haben das Recht, die Einrichtungen des Vereins nach Maßgabe der Satzung und der von den Vereinsorganen gefassten Beschlüsse und getroffenen Anordnungen zu benützen und an den Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen.
- (2) Alle Mitglieder sind zur Beitragszahlung verpflichtet.

§ 5 - Austritt und Ausschluss

- (1) Die Mitgliedschaft kann durch schriftliche Erklärung zum Jahresende gekündigt werden. Die Kündigung muss dem Vorstand spätestens am 30. September zugegangen sein.
- (2) Durch Beschluss des Vorstandes kann ein Mitglied aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ausschließungsgründe sind besonders:
 - a) grobe Verstöße gegen die Satzung und/oder Interessen des Vereins sowie gegen Beschlüsse und Anordnungen der Organe,
 - b) Nichtzahlung des Beitrages trotz dreimaliger Mahnung.
- (3) Vor der Beschlussfassung ist dem betroffenen Mitglied Gelegenheit zur Äußerung zu geben.
- (4) Der Ausschluss ist dem betroffenen Mitglied durch eingeschriebenen Brief mitzuteilen.



- (5) Gegen den Beschluss des Vorstandes steht dem Mitglied innerhalb von zwei Monaten nach Zustellung das Recht der Berufung bei der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung zu. Bis dahin ruht die Mitgliedschaft.
- (6) Bestätigt die Mitgliederversammlung den Ausschluss des Mitgliedes, steht diesem der ordentliche Rechtsweg offen.

§ 6 - Vereinsorgane

Organe des Vereins sind:

- a) die Mitgliederversammlung
- b) der Vorstand
- c) das Kuratorium.

Die Vertreter/ Vertreterinnen des für die außerschulische Jugendbildung zuständigen Bundesministeriums und Landesministeriums in Baden-Württemberg und der Stadt Trossingen können mit beratender Stimme an den Sitzungen der Vereinsorgane teilnehmen.

§ 7 - Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung besteht aus den anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Vereins und den Mitgliedern des Vorstandes. Jedes Mitglied der Mitgliederversammlung hat eine Stimme. Eine Übertragung der Stimme oder Stimmenhäufung ist nicht möglich.
- (2) Ordentliche Mitgliederversammlungen finden in zweijährigem Turnus statt. Im dazwischenliegenden Geschäftsjahr werden den Mitgliedern der Geschäftsbericht, der Bericht der Rechnungsprüfer und der Haushaltsplan zur Kenntnisnahme zugesandt.
- (3) Die Einberufung der Mitgliederversammlung muss schriftlich durch den Vorsitzenden/ die Vorsitzende mindestens zwei Monate vor dem Versammlungstermin unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgen.



- (4) Schriftliche Anträge zur Mitgliederversammlung sind spätestens einen Monat vor der Versammlung beim Vorsitzenden/ bei der Vorsitzenden einzureichen. Den Mitgliedern sind solche Anträge vor der Mitgliederversammlung bekannt zu geben.
- (5) Der Vorstand kann von sich aus eine außerordentliche Mitgliederversammlung aus wichtigem Anlass einberufen.
- (6) Auf schriftliches Verlangen von mindestens einem Drittel der Mitglieder muss der Vorstand unter Angabe der vorgeschlagenen Tagesordnung eine Mitglieder-versammlung einberufen, für die die Vorschriften der ordentlichen Versammlung entsprechend gelten.
- (7) Der Vorsitzende/ die Vorsitzende des Trägervereins, bei seiner/ ihrer Verhinderung der/ die stellvertretende Vorsitzende, leitet die Mitgliederversammlung.
- (8) Mitgliederversammlung als Online- oder Audio- bzw. Videokonferenz
 - a) Abweichend von § 32 Abs. 1 Satz 1 BGB kann der Vorstand nach seinem Ermessen beschließen und der bzw. die Vorsitzende des Vorstandes in der Einladung mitteilen, dass die Mitglieder an der Mitgliederversammlung ohne Anwesenheit an einem Versammlungsort teilnehmen und ihre Mitgliederrechte im Wege der elektronischen Kommunikation ausüben können oder müssen.
 - b) Der Vorstand kann in einer "Geschäftsordnung für Online-Mitgliederversammlungen" geeignete technische und organisatorische Maßnahmen für die Durchführung einer solchen Mitgliederversammlung beschließen, die insbesondere sicherstellen sollen, dass nur Vereinsmitglieder an der Mitgliederversammlung teilnehmen und ihre Rechte wahrnehmen (z. B. mittels Zuteilung eines individuellen Logins).
 - Für Erlass, Änderung und Aufhebung der Geschäftsordnung ist der Vorstand zuständig, der mit einfacher Mehrheit beschließt. Die jeweils aktuelle Geschäftsordnung wird den Mitgliedern in schriftlicher Form oder auf der Homepage des Vereins mitgeteilt.
 - c) Abweichend von § 32 Abs. 2 BGB ist ein Beschluss auch ohne Mitgliederversammlung gültig, wenn alle Mitglieder in Textform (§ 126 BGB) beteiligt wurden, wenn bis zu dem vom Vorsitzenden in der Einladung gesetzten Termin mindestens die Hälfte der Mitglieder ihre Stimme in Textform abgegeben haben und der Beschluss mit der nach der Satzung erforderlichen



Mehrheit gefasst wurde.

d) Diese Bestimmungen gelten für die Vorstandssitzungen und Vorstandsbeschlüsse entsprechend.

§ 8 - Aufgaben der Mitgliederversammlung

- (1) Entgegennahme und Genehmigung des Tätigkeitsberichtes und des Geschäftsberichtes des Vorstandes
- (2) Entlastung des Vorstandes
- (3) Beratung des Arbeitsprogrammes und der Grundzüge des Haushaltsplanes der Bundesakademie
- (4) Festsetzung von Fälligkeit und Höhe des Mitgliedsbeitrages
- (5) Aufnahme von neuen Mitgliedern und Entscheidung über die Berufung im Ausschlussverfahren
- (6) Wahl des Vorstandes für die Dauer von vier Jahren
- (7) Wahl der Rechnungsprüfer/ Rechnungsprüferinnen für die Dauer von vier Jahren
- (8) Beschlüsse über Satzungsänderung und Auflösung des Vereins.
- (9) Beschluss über die Wahlordnung

§ 9 – Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

- (1) Eine ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist stets beschlussfähig.
- (2) Sofern die Satzung nichts anderes bestimmt, beschließt die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. Bei Wahlen ist das Abstimmungsverfahren gemäß Wahlordnung anzuwenden. Satzungsänderungen müssen in der Tagesordnung der Mitgliederversammlung angekündigt sein und bedürfen zu ihrer wirksamen Beschlussfassung einer Stimmenmehrheit von 2/3 der abgegebenen Stimmen.



- (3) Der Vorstand ist bei einer Abstimmung über § 8 (2) und (7) ausgeschlossen.
- (4) Satzungsänderungen, die vom Registergericht oder Finanzamt gefordert werden, beschließt der Vorstand und berichtet der nächsten Mitgliederversammlung.
- (5) Bei Beschlüssen über die Auflösung des Vereins ist die Anwesenheit von zwei Drittel aller Stimmberechtigten erforderlich. Die Auflösung des Vereins erfordert eine Stimmenmehrheit von 3/4 der anwesenden Stimmberechtigten.
- (6) Eine Abstimmung muss geheim erfolgen, wenn dies von mindestens einem stimmberechtigten Mitglied beantragt wird
- (7) Über die Verhandlungen und Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll zu führen, das von dem/ der Vorsitzenden der Mitgliederversammlung und dem/ der Protokollführer/ Protokollführerin zu unterzeichnen ist.

§ 10 - Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus:

dem/ der Vorsitzenden, dem/ der stellvertretenden Vorsitzenden und bis zu fünf weiteren Vorstandsmitgliedern.

- (2) Der Vorstand wird auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Seine Amtszeit endet mit der Neuwahl und Annahme der Wahl des/ der neu gewählten Amtsinhaber/ Amtsinhaberin. Wiederwahl ist zulässig.
- (3) Zu den Aufgaben des Vorstandes gehören:
 - a) Planung und Tätigkeit der Akademie
 - b) Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung
 - c) Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplanes
 - d) Beratung und Erstellung des Geschäftsberichtes
 - e) Anstellung und Kündigung des Direktors/ der Direktorin, des Geschäftsführers/ der Geschäftsführerin und der Dozenten und Dozentinnen
 - f) Erlass einer Geschäftsordnung der Bundesakademie und die Regelung der Befugnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Dienstanweisungen
 - g) die Berufung der Mitglieder des Kuratoriums nach § 12 (2)



- h) Ausschluss eines Mitgliedes
- (4) Der Vorstand tritt mindestens zweimal jährlich zu einer ordentlichen Sitzung zusammen, zu der vom Vorsitzenden/ von der Vorsitzenden spätestens vier Wochen vorher eingeladen werden muss. Er muss zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten, wenn dies von mindestens drei Mitgliedern des Vorstandes beantragt wird.
- (5) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Der Vorstand beschließt mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des/ der Vorsitzenden.
- (6) Der/ die Vorsitzende und der/ die stellvertretende Vorsitzende sind gesetzliche Vertreter/ Vertreterinnen des Vereins im Sinne des § 26 BGB; sie sind je alleinvertretungsberechtigt. Im Innenverhältnis darf der/ die stellvertretende Vorsitzende nur handeln, wenn der/ die Vorsitzende verhindert ist oder dem/ der stellvertretenden Vorsitzenden einen Auftrag erteilt hat.
- (7) Neben dem Vorstand wird für die laufenden Geschäfte im Rahmen des Vereinsetats der Direktor/ die Direktorin der Akademie Trossingen als Vertreter gemäß § 30 BGB bestellt.
- (8) Über die Vorstandssitzung wird eine Niederschrift ausgefertigt, die vom Vorsitzenden/ von der Vorsitzenden und dem Protokollführer/ der Protokollführerin zu unterzeichnen ist.

§ 11 - Rechnungsprüfung

Die Rechnungsprüfung obliegt den zwei von der Mitgliederversammlung für diese Aufgabe gewählten Personen. Diese geben dem Vorstand vom jeweiligen Prüfungsergebnis Kenntnis und erstatten der Mitgliederversammlung Bericht.

§ 12 - Kuratorium

(1) Das Kuratorium setzt sich zusammen aus Vertretern und Vertreterinnen der im Deutschen Bundestag und im Landtag Baden-Württemberg vertretenen Parteien



sowie Vertretern und Vertreterinnen aus Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft. Es berät den Vorstand in Grundsatzfragen, insbesondere hinsichtlich jugend-, kultur-, bildungs- und gesellschaftspolitischer Aspekte der Arbeit der Bundesakademie. Das Kuratorium unterstützt Anliegen der Bundesakademie in konzeptionellen und Finanzierungsfragen und trägt dazu bei, dass diese ihre Aufgaben verwirklichen kann.

- (2) Die Mitglieder des Kuratoriums werden vom Vorstand der Bundesakademie auf Vorschlag der Parteien oder der Mitgliedsverbände berufen. Eine Wiederberufung ist möglich. Die Mitglieder des Kuratoriums dürfen nicht zugleich dem Vorstand der Bundesakademie angehören.
- (3) Die Mitglieder des Kuratoriums wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden/ eine Vorsitzende und einen stellvertretenden Vorsitzenden/ eine stellvertretende Vorsitzende. Wiederwahl ist möglich.
- (4) Die Mitglieder des Kuratoriums werden zu den Mitgliederversammlungen des Trägervereins eingeladen und können mit beratender Stimme teilnehmen.
- (5) Das Kuratorium tritt mindestens einmal jährlich zu einer Sitzung zusammen, zu der vom Vorsitzenden/ von der Vorsitzenden des Kuratoriums spätestens vier Wochen vorher mit Übersendung der Tagesordnung einzuladen ist. Über die Sitzung ist ein Ergebnisprotokoll anzufertigen, das der Sitzungsleiter/die Sitzungsleiterin und der Protokollführer/die Protokollführerin unterzeichnen und den Mitgliedern des Vorstandes zur Kenntnis gebracht wird.
- (6) Der/ die Vorstandsvorsitzende und der Direktor/ die Direktorin der Bundesakademie können an den Sitzungen des Kuratoriums mit beratender Stimme teilnehmen.
- (7) Die Amtszeit des Kuratoriums endet automatisch mit der Amtszeit des Vorstandes.
- (8) Das Kuratorium kann sich eine Geschäftsordnung geben.

§ 13 - Finanzen

Die Tätigkeit des Vereins wird finanziert durch:

- 1. Beiträge von Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmern
- 2. laufende Zuwendungen des Bundes und des Landes Baden-Württemberg
- 3. zweckgebundene Zuwendungen sowie Spenden und Schenkungen
- 4. Mitgliedsbeiträge.



§ 14- Auflösung des Vereins

- (1) Die Auflösung des Vereins kann nur von einer außerordentlichen Mitgliederversammlung beschlossen werden, die andere Beschlüsse nicht fasst.
- (2) Hierzu bedarf es einer Einladung durch den Vorstand unter Angabe der Tagesordnung und Einhaltung der Frist von einem Monat.
- (3) Für den Fall der Auflösung des Vereins sind der/die Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende Liquidatoren/ Liquidatorinnen, falls die den Verein auflösende Mitgliederversammlung nichts anderes bestimmt. Ihre Rechte und Pflichten richten sich nach §§ 49 ff BGB.
- (4) Bei Auflösung des Vereins sowie bei Wegfall seines bisherigen Zweckes fällt das Vereinsvermögen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Baden-Württemberg zu gleichen Teilen zu mit der Maßgabe, es für die Förderung der Jugendmusikpflege zu verwenden. Laut Nutzungsvertrag zwischen der Stadt Trossingen und dem Trägerverein vom 20. Oktober 1969 ist der Trägerverein verpflichtet, ohne Gegenleistung die Nutzung der Grundstücke, der Gebäude und deren Einrichtungen auf die Stadt zurückzuübertragen.
- (5) Der/die 1. Vorsitzende hat die Auflösung des Vereins beim zuständigen Registergericht anzumelden.

§ 15 - Inkrafttreten der Satzung

Die Neufassung der Satzung tritt mit der Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.

Satzung vom 21.07.1968
Geändert in der Mitgliederversammlung am 5.10.2018
Tag der letzten Eintragung in das Vereinsregister: 23.01.2019
Zuletzt geändert gemäß Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie §5 (2) Ziff.2 auf schriftlichem Wege am 30. Juli 2021.
Tag der Eintragung in das Vereinsregister: 16.11.2021